

WB Stammtisch Abstimmung übers Asylgesetz

Ruhig, sachlich, nicht einig



Kontra und Pro. SVP-Nationalrat Franz Ruppen und SP-Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten am WB-Stammtisch.

FOTOSWB

WALLIS | Beim revidierten Asylgesetz heisst es wieder einmal: die SVP gegen alle. Anders als bei früheren Anliegen der Volkspartei wird diese Asyl-Debatte aber vergleichsweise sachlich diskutiert – auch am WB-Stammtisch.

DAVID BINER

Von einem Konsens sind Esther Waeber-Kalbermatten und Franz Ruppen aber dennoch weit entfernt. Die fürs Asylwesen im Kanton zuständige Staatsrätin hebt die Hauptintention des revidierten Gesetzes hervor: die Beschleunigung der Asylverfahren. Bisher gingen die Verfahren sehr lange, bis ein Entscheid vorgelegen habe. Mit dem neuen Gesetz würde diese Zeitspanne nicht nur verkürzt. Der ganze Prozess, so Waeber-Kalbermatten, werde vereinfacht, zumal die Asylsuchenden von Beginn an einen Rechtsbeistand zur Seite gestellt bekommen. Die Wahrscheinlichkeit eines Rekurses würde somit sinken.

Kritik am Testbetrieb in Zürich

Genau bei diesem Punkt heben die Gegner zum ersten Mal den Mahnfinger. So auch

im Testzentrum in Zürich infrage, wo die Vor- und Nachteile des neuen Gesetzes erprobt werden. Die Ziele des Tests – also Verfahren beschleunigen, die Rückweisung vollziehen etc. – seien bereits im Voraus festgelegt worden. Deshalb sei jetzt klar, dass die Befürworter des Gesetzes nun alle zufrieden sind mit den Ergebnissen aus Zürich. Hier sind sich die beiden fast einig: Waeber-Kalbermatten merkt zwar an, dass man von den Erfahrungen in Zürich jetzt nicht alle auf den Regelbetrieb projizieren könne. Aber: Es sei vor allem darum gegangen, zu sehen, was gut läuft und wo der Schuh nach wie vor drücken könnte.

Schwieriger Vollzug

Zum Beispiel beim Vollzug. Ein beschleunigtes Verfahren bringt nämlich wenig, wenns an dessen Ende dann doch wieder harzt. Hier werde die Führungsaufgabe nicht wahrgenommen, moniert Ruppen mit Blick nach Bundesbern zu Justizministerin Simonetta Sommaruga. Bei den Dublin-Fällen etwa müssten die Erstaufnahmeländer nun endlich in die Pflicht genommen werden, sagt der Nationalrat. Waeber-Kalbermatten betont indes, dass die Probleme mit Staaten